

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0948/2012**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 05.06.2012

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
 Verfasser/-in: Christine G. Wagener, CDU-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss	18.06.2012	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2012	Entscheidung

### Betreff:

**Antrag zum Thema öffentliche Veranstaltungen  
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 04.06.2012 -**

### Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, alle Möglichkeiten zu prüfen, wie Veranstaltungen, die von totalitären Diktaturen wie zum Beispiel der Regierung Eritreas oder die von radikalen, zur Gewalt aufrufenden Bewegungen im Stadtgebiet maßgeblich organisiert und unterstützt werden, verhindert werden können. Der Magistrat wird aufgefordert, Einladungen von Vertretern solcher Regierungen und Bewegungen nicht anzunehmen, für deren Veranstaltungen keine städtischen Liegenschaften zur Verfügung zu stellen und die Messehallen GmbH zu bitten, derartige Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten nicht mehr durchzuführen.“

### Begründung:

Eritrea wird seit Ende der 90er Jahre von einer Militärdiktatur beherrscht, die sowohl politisch Andersdenkende als auch religiöse, insbesondere christliche, Minderheiten, mit Gewalt unterdrückt. In kaum einem Staat ist die Verfolgung von Christen so ausgeprägt wie in Eritrea. Die gesamte Bevölkerung ist zu einem zeitlich unbegrenzten Zwangsdienst verpflichtet, oft werden schon Minderjährige zur militärischen Ausbildung gezwungen. Allein schon der Versuch, das Land zu verlassen, wird mit langjährigen Gefängnisstrafen verfolgt. Es gibt kein Justizsystem und die Anzahl der Gefangenen, die sich unter

unwürdigen Bedingungen in Lagern und Gefängnissen befinden, wird auf bis zu 30.000 geschätzt. Trotzdem ist es Hunderttausenden in den letzten Jahren gelungen, aus dem Land zu flüchten. Einige von ihnen haben auch in Gießen Zuflucht gesucht, fast täglich erreichen Flüchtlinge aus Eritrea die Erstaufnahmeeinrichtung oder Jugendliche auch die Clearingstelle.

Gießen wird so für viele dieser Flüchtlinge zum Synonym für Freiheit, ähnlich wie es unter den politisch Verfolgten der ehemaligen kommunistischen Staaten des Ostblocks war. Aus diesem Grund haben wir eine besondere Verantwortung als Stadt, gegen Veranstaltungen zu protestieren, die z.B. von Regimen genutzt werden, um eine staatliche Diktatur zu verharmlosen.

Ähnliches gilt auch für die radikal-islamistische Gülen-Bewegung, die z. B. über ihre Nachhilfeorganisation Optimum die deutsch-türkische Kulturolympiade unterstützt. Der Gründer und Namensgeber der Bewegung, der islamistische Prediger Fethullah Gülen, ist nach Strafverfolgung in der Türkei in die USA emigriert und hat dort und in Europa ein Medienimperium aufgebaut. Daneben gibt es weltweit ca. 1000 Schulen, Universitäten und Nachhilfeinstitute, in denen Sympathisanten herangezogen werden. Unter dem Deckmantel von Bildung und Integration wird mehr oder weniger versteckt zur Gewalt gegen Ungläubige aufgerufen. Wichtiges Ziel der Gülen-Bewegung ist es, in Behörden sowie an Schaltstellen der Wirtschaft ihre Zöglinge zu installieren und damit die Rolle und Macht eines rückwärtsgewandten Islams zu stärken. Falsch verstandene Toleranz leistet dem Erreichen dieser Ziele Vorschub.

Wir haben als Stadtgesellschaft in der Vergangenheit bewiesen, dass wir radikale und extremistische Veranstaltungen ablehnen und mit viel Phantasie, Kreativität und großer Beteiligung der Gießener Bürgerinnen und Bürger diesen Umtrieben begegnen. Wir zeigen mit unserem Beschluss, dass wir totalitäre und diktatorische Regierungen und radikale Strömungen auf unserem Stadtgebiet aufmerksam verfolgen und sie nicht dulden, egal woher sie kommen.

Christine G. Wagener